

Friends will be Friends



USA. Die Vereinigten Staaten und Deutschland verbindet nicht nur eine lange Freundschaft, auch ökonomisch sind beide eng miteinander verbandelt: Im ersten Halbjahr 2024 waren die USA trotz des vor zwei Jahren initiierten Inflation Reduction Acts, der die US-Wirtschaft massiv subventioniert, zum ersten Mal seit 2015 wieder Deutschlands größter Partner beim Warenhandel. Auch im Dienstleistungshandel sowie bei den Direktinvestitionen sind die transatlantischen Beziehungen besonders intensiv. Wie sich das bilaterale Verhältnis unter einem künftigen Präsidenten Donald Trump oder im Fall eines Wahlsiegs von Kamala Harris entwickeln wird, erläutert die Geschäftsführerin der Atlantik-Brücke, Julia Friedlander, im iwd-Interview. —> [Seiten 2-7](#)

Geldanlage

Kryptowerte sind mittlerweile deutlich besser reguliert als früher. Ausbaufähig ist aber unter anderem das Bildungsangebot zu Finanzthemen.

—> [Seiten 10-11](#)

Wohnungsbau

In Deutschland wird insgesamt zu wenig gebaut, um den Bedarf zu decken. Die regionalen Unterschiede sind allerdings groß, teils entstehen sogar zu viele Wohnungen.

—> [Seiten 14-15](#)

Deutschlands wichtigster Partner

USA. Die Bundesrepublik und die Vereinigten Staaten pflegen enge Wirtschaftsbeziehungen. So sind die USA der größte Abnehmer deutscher Exportprodukte. Obwohl die internationale Handelspolitik auch unter Joe Biden protektionistisch blieb, waren die USA im ersten Halbjahr 2024 erstmals seit fast einem Jahrzehnt wieder Deutschlands wichtigster Handelspartner bei den Warenein- und -ausfuhren.

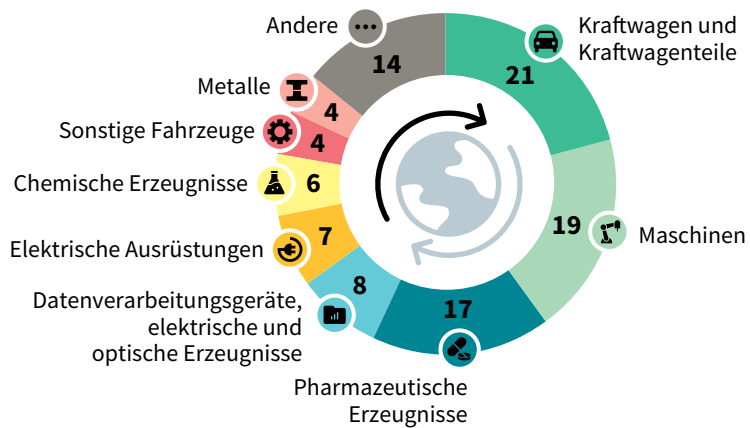
Der Countdown zur Präsidentschaftswahl läuft: Am Dienstag, den 5. November 2024, sind rund 240 Millionen wahlberechtigte US-Bürger aufgerufen, ihren Stimmzettel abzugeben. Mal wieder ist die amerikanische Politik äußerst spannend: Kamala Harris, die für die Demokraten antritt, liegt laut Wahlumfragen nur knapp vor dem Republikaner und Ex-Präsidenten Donald Trump.

Und selbst wenn Harris mehr Wählerstimmen erhalten sollte als ihr Gegenkandidat, ist sie damit noch längst nicht das neue Staatsoberhaupt: Im Wahlsystem der USA braucht der zukünftige Präsident eine Mehrheit von mindestens 270 der insgesamt 538 Wahlleute. Der US-Präsident wird somit nicht direkt vom Volk gewählt, sondern indirekt durch das Wahlmännergremium (Electoral College), die den neuen Präsidenten oder die neue Präsidentin 41 Tage nach dem offiziellen Wahltag in geheimer Abstimmung wählen.

Die Zahl der Wahlleute variiert in den Bundesstaaten je nach Bevölkerungsstärke. Wer mehr Stimmen in einem Bundesstaat erhält, bekommt automatisch alle Wahlleute aus jenem Staat zugerechnet. Dieses Mehrheitswahlsystem hat etwa Hillary Clinton, die 2016 landesweit mehr Wählerstimmen als Trump

Warenausfuhren: Das kaufen die USA bei uns ein

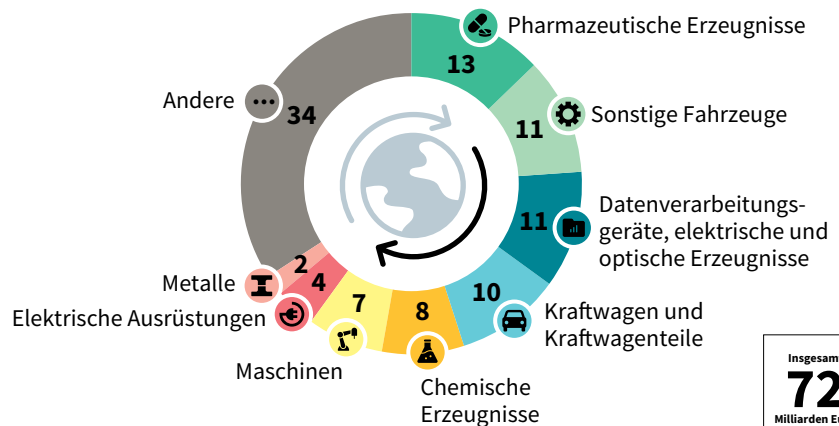
So viel Prozent der deutschen Warenexporte in die Vereinigten Staaten entfielen im Jahr 2023 auf diese Branchen



Insgesamt
159
Milliarden Euro

Wareneinfuhren: Das kaufen wir in den USA ein

So viel Prozent der deutschen Warenimporte aus den Vereinigten Staaten entfielen im Jahr 2023 auf diese Branchen



Insgesamt
72
Milliarden Euro

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2024 IW Medien / iwd

erhielt, den Einzug ins Weiße Haus gekostet.

Obwohl Trump in seiner Amtszeit die Zuverlässigkeit der USA als globaler Partner vielfach infrage stellte und unter Präsident Joe Biden der Kurs der US-Handelspolitik ebenfalls protektionistisch blieb – wenn auch deutlich weniger konfrontativ –, sind die Vereinigten Staaten ein besonders wichtiger Wirtschaftspartner für Deutschland. Das zeigt sich sowohl bei den Warenein- und -ausfuhren als auch beim Dienstleistungshandel und den Direktinvestitionen. Im Einzelnen:

Der Warenhandel: In den vergangenen 20 Jahren hat sich der Wert des transatlantischen Warenhandels fast verdreifacht: Im Jahr 2023 wurden zwischen der EU und den USA Güter im Wert von knapp 850 Milliarden Euro ausgetauscht. Davon entfiel gut ein Viertel auf die deutsche Wirtschaft – das heißt, dass im vergangenen Jahr zwischen Deutschland und den USA Güter im Wert von 230 Milliarden Euro verschickt wurden (Grafik Seite 2):

In erster Linie werden in großem Umfang Produkte der Automobilindustrie, des Maschinenbaus sowie chemische und pharmazeutische Produkte in beiden Richtungen gehandelt.

Während China trotz sinkender Importzahlen nach wie vor der wichtigste Lieferant von Importwaren nach Deutschland bleibt, sind die Vereinigten Staaten mit großem Abstand der wichtigste Abnehmer von Exportprodukten made in Germany. Der Anteil der deutschen Warenausfuhren, die an Kunden in den USA gehen, ist zweistellig in der Automobilindustrie und im Maschinenbau. Die Pharmaindustrie setzt sogar fast ein Viertel ihrer Exporte in den USA ab. Auch Exportprodukte wie Datenverarbeitungsgeräte, elektronische und optische Erzeug-

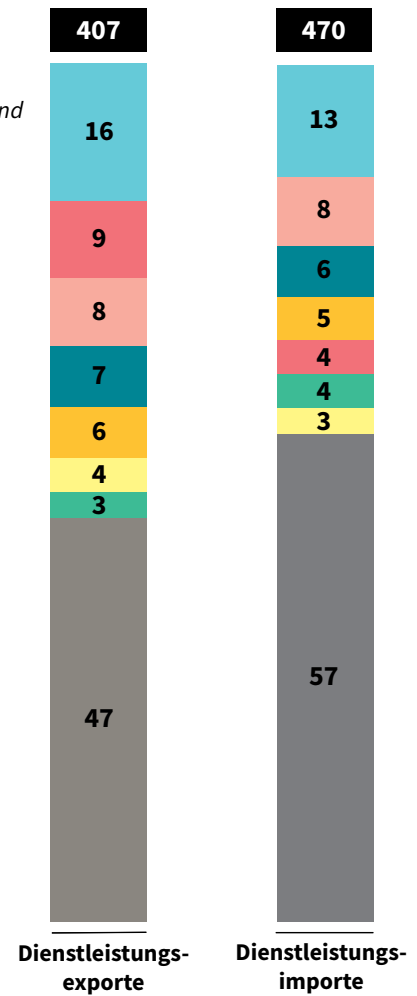
Dienstleistungshandel: USA sind wichtigster Partner

So viel Prozent der Dienstleistungsexporte und -importe wickelte Deutschland im Jahr 2023 mit diesen Ländern ab

- Insgesamt in Milliarden Euro
- USA
- Schweiz
- Vereinigtes Königreich
- Frankreich
- Niederlande
- China
- Italien
- Andere Länder



Quellen: Deutsche Bundesbank, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2024 IW Medien / iwd



iwd

nisse sowie elektrische Ausrüstungen werden zu fast einem Zehntel Richtung Vereinigte Staaten verschifft.

Die bedeutende Rolle der USA im Warenhandel zeigt auch ein Blick auf die einzelnen Bundesländer: Für alle von ihnen mit Ausnahme Sachsens sind die USA als Exportzielland wichtiger als China. Auf der Importseite hat China als Warenlieferant für die meisten Bundesländer eine größere Bedeutung – nur Hessen, Hamburg und das Saarland beziehen wesentlich mehr Waren aus den USA als aus China.

An all dem dürfte sich 2024 nichts ändern – im Gegenteil: In der ersten Hälfte des laufenden Jahres waren die USA zum ersten Mal seit 2015

wieder Deutschlands größter Partner beim Warenhandel insgesamt.

Der Dienstleistungshandel. Im Jahr 2023 tauschte Deutschland Dienstleistungen – etwa in den Bereichen Forschung, Beratung und Transportwesen – im Wert von 125 Milliarden Euro mit den USA aus. Diese waren damit der mit Abstand wichtigste Handelspartner Deutschlands, gefolgt vom Vereinigten Königreich mit 71 Milliarden Euro. Obwohl der Dienstleistungshandel zwischen Deutschland und China in den vergangenen Jahrzehnten stark zugenommen hat, liegt sein Niveau

immer noch weit unter dem des transatlantischen Dienstleistungshandels (Grafik Seite 3):

Deutschland exportierte zuletzt dreieinhalbmal mehr Dienstleistungen in die USA als nach China. Die entsprechenden deutschen Importe aus den USA waren sogar fünfmal höher als jene aus China.

Die Direktinvestitionen. Mit 27 bis 28 Prozent waren die USA im Zeitraum von 2010 bis 2022 das wichtigste Zielland für deutsche Direktinvestitionen. Im Jahr 2022 waren insgesamt 5.957 deutsche Unternehmen in den Vereinigten Staaten aktiv, ihre Direktinvestitionsbestände beliefen sich auf 424 Milliarden Euro. Die deutschen Unternehmen in den USA beschäftigten im Jahr 2022 direkt 932.000 Mitarbeiter und erzielten einen Jahresumsatz von rund 700 Milliarden Euro.

Zum Vergleich: Der Anteil deutscher Direktinvestitionsbestände in

China lag im Jahr 2022 bei 7,9 Prozent, was 122 Milliarden Euro entspricht. Deutsche Unternehmen in China beschäftigten 2022 rund 800.000 Mitarbeiter direkt, ihr Jahresumsatz dort betrug 429 Milliarden Euro.

Umgekehrt investieren die US-Unternehmen zwar weniger Geld in Deutschland als deutsche Unternehmen in den USA, doch deutlich mehr als China (Grafik):

Nach einem Einbruch rund um die Finanz- und Eurokrise Mitte der 2010er Jahre stieg der Anteil der USA an allen Direktinvestitionen in Deutschland wieder auf 10,7 Prozent im Jahr 2022, was rund 73 Milliarden Euro entspricht.

Im Jahr 2022 waren insgesamt 1.407 US-Unternehmen in Deutschland aktiv, wo sie rund 200.000 Mitarbeiter direkt beschäftigten und einen Jahresumsatz von 113 Milliarden Euro erwirtschafteten. Chinas Anteil

an den ausländischen Direktinvestitionen in Deutschland betrug 2022 nur 0,7 Prozent. Die 221 hier engagierten chinesischen Unternehmen beschäftigten rund 25.000 Personen direkt und erzielten einen Umsatz von 10 Milliarden Euro.

Chinesische Firmen engagieren sich in Deutschland am stärksten in der Herstellung von Kraftwagen und -teilen sowie von elektrischer Ausrüstung. Die US-Direktinvestitionsbestände sind besonders hoch in der Herstellung von Mess- und Kontrollgeräten, Uhren und elektromedizinischen Geräten sowie der Herstellung chemischer und pharmazeutischer Erzeugnisse.

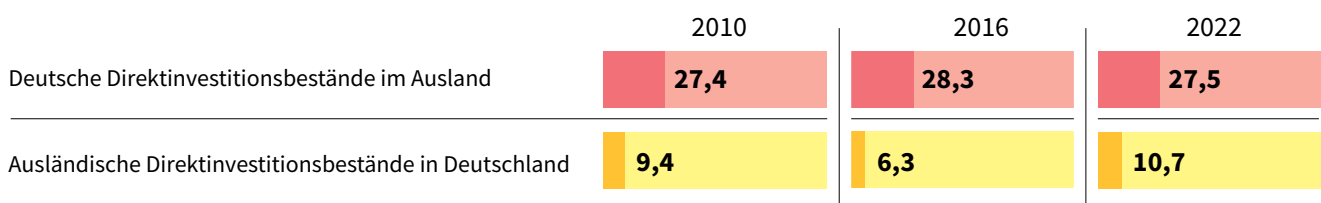
IW-Report 36/2024

Galina Kolev-Schaefer, Samina Sultan:
USA – Wie wichtig ist die Wirtschaftspartnerschaft für uns? Eine mehrdimensionale Analyse der deutsch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen

iwkoeln.de/wirtschaftspartnerschaft-usa

Deutsche Firmen investieren viel in den USA

So viel Prozent der Direktinvestitionsbestände waren in den USA investiert bzw. stammten aus den USA



Quellen: Deutsche Bundesbank, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2024 IW Medien / iwd

iwd

Schub statt Bremse

USA. Mit dem Inflation Reduction Act hat die Biden-Regierung im August 2022 ein milliardenschweres Subventionsprogramm in den USA gestartet. Eine erste Bilanz zeigt: Die Maßnahmen fördern die deutschen Exporte eher, als ihnen zu schaden.

Seit gut zwei Jahren ist der Inflation Reduction Act (IRA) in den USA in Kraft. Dessen Kern sind Fördermaßnahmen für den Klimaschutz, die vorwiegend aus Steuer-nachlässen bestehen. Diese sind an Bedingungen gekoppelt – einige sind zum Beispiel nur für hauptsächlich in den USA hergestellte Produkte verfügbar. Eine Ausnahme bilden aus der EU exportierte E-Autos: Wenn Konsumenten diese leasen, können sie voll von der Förderung profitieren, weil die Biden-Administration dies auf Druck der EU ermöglicht hat.

Eine erste Bilanz des Programms zeigt: Zwar hat der IRA die Bauinvestitionen in der US-Industrie wohl angekurbelt, auf die amerikanische Gesamtwirtschaft dürften sich die Maßnahmen allerdings wegen der Finanzierung durch höhere Steuern kaum auswirken. Die Sorge Deutschlands, dass Firmen aufgrund der Subventionen in die USA abwandern, erweist sich zudem zumindest bisher als unbegründet – zu begrenzt sind die Anreize der Fördergelder für eine solch weitreichende Entscheidung.

Die deutsche Exportwirtschaft profitiert anscheinend sogar in Teilen von der durch den IRA angestoßenen zusätzlichen Nachfrage. Das gilt vor allem für Vorleistungen, die beim Aufbau klimafreundlicher Fabriken oder bei der Herstellung klimafreundlicher Produkte gebraucht werden. Zwar sollen industrielle Vorprodukte laut IRA zu mindestens 55 Prozent aus den USA kommen,

diese Regel betrifft jedoch weniger als die Hälfte des Fördervolumens. Fakt ist, dass die USA mehr deutsche Vorleistungen nachfragen (Grafik):

Im Jahr 2023 stiegen die deutschen Exporte von Produkten des Maschinenbaus und der Elektroindustrie in die USA gegenüber dem Vorjahr weit überproportional um rund 11 beziehungsweise mehr als 9 Prozent – die gesamten Ausfuhren legten dagegen nur um rund 1 Prozent zu.

Kamala Harris würde den IRA als Präsidentin wahrscheinlich weitestgehend fortführen, könnte jedoch einige Subventionen aufgrund des hohen US-Haushaltsdefizits zurück-

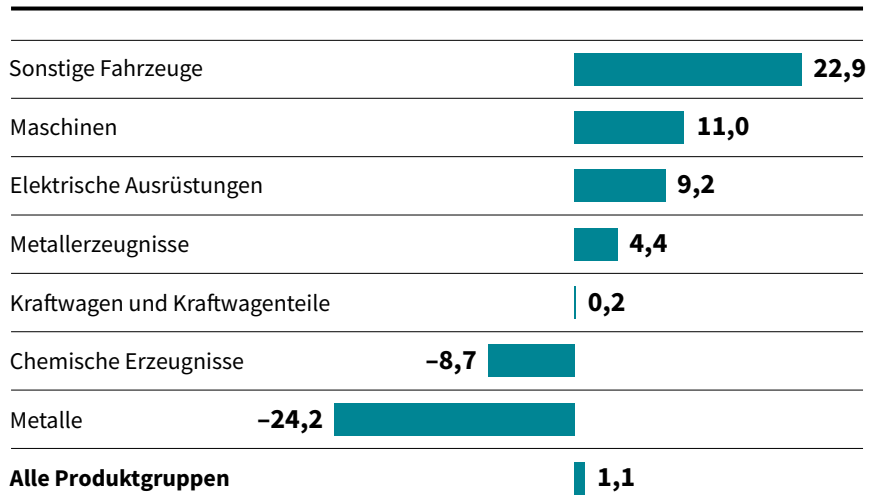
fahren müssen. Donald Trump würde den IRA trotz seiner mehrfach geäußerten Kritik wohl nicht abschaffen – zu unpopulär wäre dieser Schritt, zumal die Förderung zu einem erheblichen Teil in republikanisch geprägte Bundesstaaten fließt und dort sowohl die Bauinvestitionen stimuliert als auch neue Industriejobs schafft. Allerdings könnte er die Ausnahme beim Leasen von E-Autos abschaffen, was die deutsche Autoindustrie hart treffen würde.

IW-Kurzbericht

Jürgen Matthes, Samina Sultan, Thomas Obst:
US Inflation Reduction Act – Überschaubare Auswirkungen auf Deutschland
iwkoeln.de/ira

Inflation Reduction Act kurbelt deutsche Vorleistungsexporte an

Um so viel Prozent veränderten sich die deutschen Warenexporte in die USA in diesen Produktgruppen im Jahr 2023



Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2024 IW Medien / iwd

Interview. *Wie werden sich die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland künftig entwickeln? Und macht es überhaupt einen Unterschied, ob Donald Trump oder Kamala Harris das Rennen um die Präsidentschaftswahl gewinnt? Antworten darauf gibt die US-Bürgerin **Julia Friedlander**, Geschäftsführerin der Atlantik-Brücke. Die 1952 gegründete gemeinnützige Organisation mit Sitz in Berlin fördert die deutsch-amerikanischen Beziehungen.*



Foto: David Auserhofer

„Amerika erwartet, dass Deutschland mehr Verantwortung übernimmt“

2016 schaffte es Hillary Clinton nicht, die erste Präsidentin der Vereinigten Staaten zu werden. Sind die USA jetzt bereit für eine Frau als Staatsoberhaupt?

Ja, auf jeden Fall. Die Umfragen, die einen leichten Vorsprung für Harris ausweisen, zeigen, dass die USA nicht nur bereit sind für eine Frau als Präsidentin, sondern auch für eine Frau mit einem etwas bunteren ethnischen Hintergrund.

In Deutschland versteht man nur schwer, warum Donald Trump so beliebt bei den US-Bürgern ist, dass auch er laut Wahlprognosen die Präsidentschaftswahl Anfang November noch gewinnen könnte. Können Sie uns dieses Trump-Phänomen erklären?

Es gibt drei Gründe. Der erste lautet: Die republikanische Partei bildet keine geschlossene Einheit mehr. Der Neokonservatismus von George W. Bush existiert nicht mehr oder nur in ganz kleinen Kreisen der republikani-

schen Partei. Die Einsätze im Irak und in Afghanistan während der Bush-Ära haben zu einer gewissen Kriegsmüdigkeit geführt. Zudem haben wir die negativen Folgen der Globalisierung zu spüren bekommen: eine voranschreitende De-Industrialisierung, die zu einer Ablehnung des Freihandelskonzepts führte und zu einer Rückkehr der Zollpolitik.

Zweitens gibt es seit 2016 eine große Lust in den USA, das System zu brechen, weil es für viele in wirtschaftlicher Hinsicht nicht mehr funktioniert. Donald Trump hat deshalb auch sehr viele Stimmen aus demokratischen Kreisen gewonnen, aus Arbeiterkreisen beispielsweise, die gesagt haben: „Die Demokraten haben mir viel versprochen, aber nicht geliefert.“

Der dritte Grund ist, dass die republikanische Partei Kult geworden ist und dass sich die Republikaner von ihrer Kultfigur Trump nicht lösen können.

Falls Trump gewinnt: Wie werden sich die deutsch-amerikanischen Beziehungen unter seiner Präsidentschaft entwickeln?

Egal, wer von beiden gewinnt, ob Kamala Harris oder Donald Trump: Beide werden eine ähnliche Außenpolitik betreiben, nur mit einer anderen Tonalität. Dass Amerika erwartet, dass Deutschland als drittgrößte Volkswirtschaft der Welt mehr Verantwortung in der internationalen Verteidigungspolitik übernimmt, ist ja kein Geheimnis. Das gilt auch für die Chinapolitik: Sowohl Harris als auch Trump werden erwarten, dass Deutschland eine etwas härtere Kante gegen China zeigt. Und wenn dies nicht passiert, wird man sich fragen, warum sich die USA weiterhin dafür einsetzen sollen, die deutschen Interessen zu schützen. Die Demokraten werden dies lediglich diplomatischer formulieren als Donald Trump, aber die Grundsatzpolitik ist ähnlich.

Donald Trump will die heimische Wirtschaft mithilfe von Zöllen schützen, Kamala Harris mittels Subventionen. Sind solche Instrumente effektive Werkzeuge in der internationalen Politik?

Durchaus, die Biden-Administration hat ja gerade einen 100-Prozent-Zoll auf Elektroautos aus China eingeführt. Auch andere Zölle wie die auf Stahl und Aluminium, die unter Trumps Präsidentschaft eingeführt wurden, sind von Biden beibehalten worden. Insofern kann ich mir gut vorstellen, dass die Zollpolitik auch künftig fortgesetzt wird, auch unter den Demokraten. Es wird wohl selbst unter Trump keinen 10-Prozent-Zoll auf alle Warenimporte geben, aber für einzelne Waren durchaus.

In der Regel bleiben Zölle und andere protektionistische Maßnahmen von den Handelspartnern nicht unbeantwortet. Letztlich steigen dadurch überall die Preise für die Konsumenten ...

Ja, aber aufgrund der massiven chinesischen Subventionspolitik bleibt den USA keine andere Wahl, wenn sie die heimische Industrie schützen wollen. Das war übrigens auch die Argumentation von EU-Vizepräsident Valdis Dombrovskis, als er Zölle gegen chinesische E-Autos verhängte: Wir haben keine faire Verhandlungsbasis, wir sind jetzt im Reaktionsmodus.

Warum hat der Freihandel aktuell so einen schlechten Stand?

Wenn Sie durch die USA reisen, sehen Sie überall leer stehende Fabriken. Das Freihandelsabkommen NAFTA zum Beispiel hat dazu geführt, dass innerhalb von wenigen Jahren 9.000 Fabriken in den USA geschlossen haben. Die Folgen von NAFTA für die USA waren wirklich schwerwiegend, während Deutschland überwiegend Vorteile davon hatte, weil die deutsche Wirtschaft anders

aufgebaut ist als in den USA. Vielleicht liegt es auch daran, dass die Globalisierung neue komparative Vorteile schafft, nicht nur für China, sondern in der Weltwirtschaft insgesamt. Und möglicherweise ist die aus den 1980er Jahren stammende Regelungsbasis der Welthandelsorganisation für diese neue Entwicklung nicht geeignet.

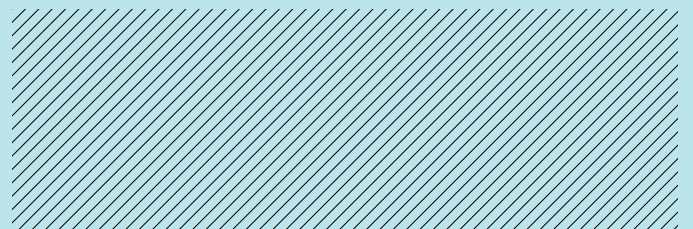
Unabhängig davon, wer die Präsidentschaftswahl gewinnt: Was sind aus Ihrer Sicht die größten Herausforderungen für die deutsch-amerikanischen Beziehungen in den nächsten Jahren?

Die größte Herausforderung dürfte in der Wirtschafts- und Industriepolitik liegen, denn alle Industrieländer kämpfen mit denselben Herausforderungen und der drängenden Frage: Woher kommt unser Wohlstand in den kommenden Jahren? Hier könnte es zu Konflikten kommen, wenn beide Länder andere Vorstellungen darüber haben, wie man diese Frage beantworten sollte.

Eine weitere Herausforderung ist die Regulierung der Zukunftstechnologien: Wie lässt sich die Elektromobilität voranbringen, wie lässt sich künstliche Intelligenz regulieren, wie sind die Kapazitäten in der Verteidigungspolitik? Wie werden wir die Ukraine weiter bewaffnen, wie werden wir eine Stabilität im innerpazifischen Raum herstellen? Das sind alles Felder, wo Deutschland bislang gedacht hat: Das spielt für uns keine Rolle. Aber wenn man demokratische Werte verteidigen will, heißt das manchmal eben auch, dass man aufrüsten muss. Das ist innerhalb der Atlantik-Brücke ein Hauptthema, dass das verteidigungspolitische Engagement Deutschlands größer werden muss.

Und wie sehen Sie das Verhältnis zwischen den USA und der EU?

Ich bin der Meinung, die Zukunft der Wirtschaftsordnung liegt nicht in der Zollpolitik, sondern in der Standortpolitik und Regulierung. Und hier lernen die USA sehr viel von der EU. Wir in Amerika haben beispielsweise keine eigene Behörde für Digitales, aber die GDPR, die Datenschutz-Grundverordnung der EU, wird in den USA umgesetzt. Wahrscheinlich werden wir auch den AI Act zum Teil in den USA umsetzen, weil Europa für die US-Firmen ein Riesenmarkt ist – so, wie die USA ein unerschöpflicher Markt für deutsche Autokonzerne sind. Wir regulieren uns also erfolgreich gegenseitig.



Die veränderte Lücke

Kinderbetreuung. In Deutschland fehlen immer noch viele Kitaplätze, wenn auch weniger als im vergangenen Jahr. Der Rückgang liegt ausschließlich an niedrigeren Kinderzahlen. Da der Bedarf im Land teils sehr unterschiedlich ist, braucht es für die Zukunft verschiedene Maßnahmen für eine optimale Betreuung.

306.000 statt 344.000 fehlende Plätze – die Kitalücke in Deutschland ist kleiner geworden. Ein großer Grund zum Jubeln ist das allerdings nicht, denn der Rückgang ist nicht auf erweiterte Angebote zurückzuführen. Es werden in diesem Jahr bundesweit sogar ungefähr 9.000 unter Dreijährige weniger betreut als 2023. Vielmehr schlagen die seit Jahren niedrigen Geburtenraten nun allmählich zu Buche, sodass insgesamt weniger Kleinkinder betreut werden müssen.

Der Bedarf unterscheidet sich dabei stark zwischen den Bundesländern (Grafik):

In Bremen gibt es in diesem Jahr für fast jedes vierte Kind unter drei Jahren keinen Betreuungsplatz in einer Kindertagesstätte.

Auch im Saarland ist die Diskrepanz zwischen Angebot und potenziellem Bedarf groß – für jeden fünften unter Dreijährigen gibt es keinen Platz.

Anders sieht es in den ostdeutschen Bundesländern aus. In Brandenburg beträgt die Lücke nur gut 8 Prozent, in den übrigen vier ostdeutschen Flächenstaaten liegt sie zwischen knapp 4 und gut 5 Prozent.

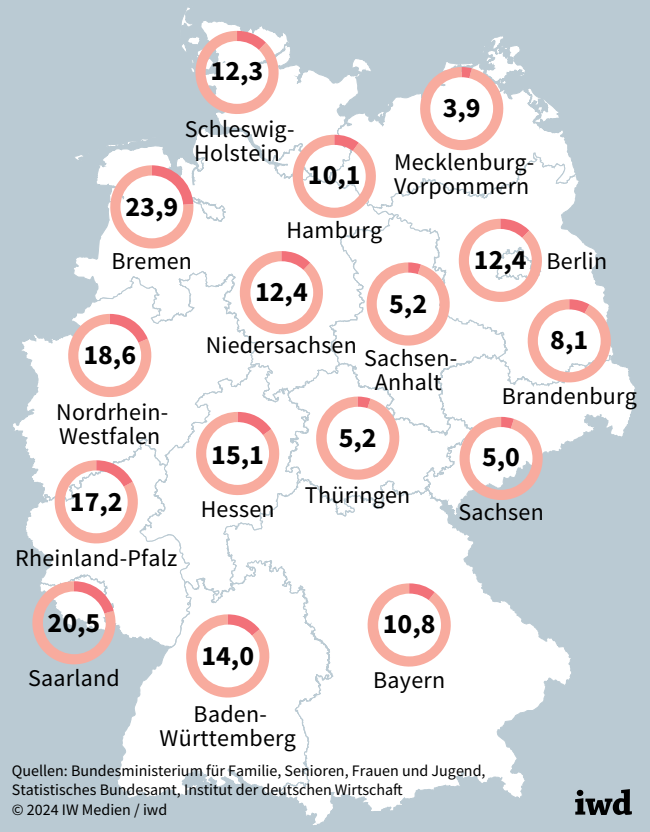
Aufgrund dieser großen Differenzen sind in Ost und West auch unterschiedliche Maßnahmen bei der Bereitstellung von Betreuungsangeboten erforderlich. Angesichts der niedrigen Geburtenraten gilt es in Ostdeutschland, einen langsamen Rückbau des Angebots anzugehen. Sinnvoll wäre es, die Zahl der Kindertagesstätten zu verringern und die Beschäftigten in anderen Einrichtungen einzusetzen, um so den Betreuungsschlüssel zu verbessern. In Ostdeutschland betreute im Jahr 2022 bei Krippengruppen mit nur unter Dreijährigen eine Person im Schnitt 5,4 Kinder, in Westdeutschland lag der Wert bei 3,4 Kindern.

Dort dürfte nach derzeitigen Schätzungen eine erhöhte Nachfrage nach Betreuung in den kommenden Jahren die niedrigere Kinderzahl in etwa ausgleichen – die derzeitige Lücke bliebe somit bestehen. Demnach ist es wichtig, das Angebot auszubauen und dabei auf die regional unterschiedlich großen Lücken zu achten.

Betreuungslücke: Große Unterschiede

So hoch war im März 2024 der Anteil der unter Dreijährigen, die trotz Bedarf der Eltern nicht betreut wurden, an allen Kindern dieser Altersgruppe in Prozent

Rechenbeispiel: In Bremen benötigen rund 10.700 Kinder unter drei Jahren ein Betreuungsangebot, wovon jedoch nur knapp 6.000 Kinder tatsächlich betreut werden können. Demnach besteht eine Betreuungslücke von rund 4.700 Plätzen. Bezogen auf knapp 20.000 unter Dreijährige in Bremen ergibt sich eine Betreuungslücke von fast 24 Prozent.



IW-Report 40/2024

Wido Geis-Thöne: 306.000 Betreuungsplätze für unter Dreijährige fehlen

iwkoeln.de/kitaluecke

Berufe ohne Grenzen

Arbeitsmarkt. Aufgrund des demografischen Wandels gewinnen ausländische Fachkräfte für den deutschen Arbeitsmarkt zunehmend an Bedeutung. Schon heute sind sie in vielen Engpassberufen unersetzlich.

In Deutschland hatten im Jahr 2023 rund 5,3 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte eine ausländische Staatsangehörigkeit – annähernd 40 Prozent von ihnen waren in sogenannten Engpassberufen tätig.

So sichern sie beispielsweise Lieferketten und versorgen die hiesige Bevölkerung mit lebensnotwendigen Gütern und Dienstleistungen, wie eine Berechnung des IW zeigt (Grafik):

Im Schnitt waren zwischen Juli 2022 und Juni 2023 in Deutschland knapp 160.000 ausländische Fachkräfte als Berufskraftfahrer im Güterverkehr beschäftigt.








Damit hatte zuletzt fast jeder dritte Berufskraftfahrer keine deutsche Staatsangehörigkeit. Die meisten von ihnen stammen aus dem europäischen Wirtschaftsraum.

Trotz der hohen Zahl ausländischer Fachkräfte konnten zuletzt rund 16 Prozent der offenen Stellen für Berufskraftfahrer rechnerisch nicht besetzt werden. Im Verkauf war es sogar ein Fünftel, obwohl auch dort bereits mehr als 100.000 ausländische Fachkräfte arbeiten.

Mit Blick auf den demografischen Wandel wird es künftig immer wichtiger, Fachkräfte aus dem Ausland anzuwerben. Bereits im vergangenen Jahr war das Beschäftigungswachstum nur auf Ausländer zurückzuführen, während die Zahl der deutschen Beschäftigten um rund 77.000 zurückging.

Ausländische Fachkräfte: Besonders viele Berufskraftfahrer

So viele Fachkräfte aus ...arbeiteten im Jahresdurchschnitt von Juli 2022 bis Juni 2023 in Deutschland in diesen Engpassberufen

	... dem europäischen Wirtschaftsraum und der Schweiz	... Drittstaaten
 Berufskraftfahrer (Güterverkehr/Lkw)	123.989	35.954
 Verkauf (ohne Produktspezialisierung)	40.935	62.479
 Lagerwirtschaft	55.589	44.114
 Gesundheits- und Krankenpflege	26.003	43.168
 Kaufmännische und technische Betriebswirtschaft	29.374	32.647
 Gastronomieservice	29.224	29.578
 Koch	24.152	33.086

Fachkräfte: Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung
 Engpassberuf: Ein Engpass liegt vor, wenn es in einem Beruf mehr offene Stellen als passend qualifizierte Arbeitslose gibt
 Europäischer Wirtschaftsraum: EU-Mitgliedsstaaten sowie Island, Liechtenstein und Norwegen

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2024 IW Medien / iwd



Damit das Arbeitskräfteangebot in Deutschland nicht schrumpft, müssen weiterhin jedes Jahr mindestens 400.000 Personen mehr zu- als abwandern. In den vergangenen Jahren blieb jedoch nur etwa die Hälfte der jährlichen Zuwanderer langfristig in der Bundesrepublik.

Obwohl insbesondere Ostdeutschland auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen ist, hat die AfD bei den diesjährigen Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen deutlich zugelegt. Dadurch entsteht ein regionales

Risiko für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt: Eine Studie des Deutschen Zentrums für Migrations- und Integrationsforschung zeigt, dass Ausländer durch den Aufstieg der AfD vermehrt über einen Wohnortwechsel in ein anderes Bundesland oder ins Ausland nachdenken.

IW-Kurzbericht 71/2024

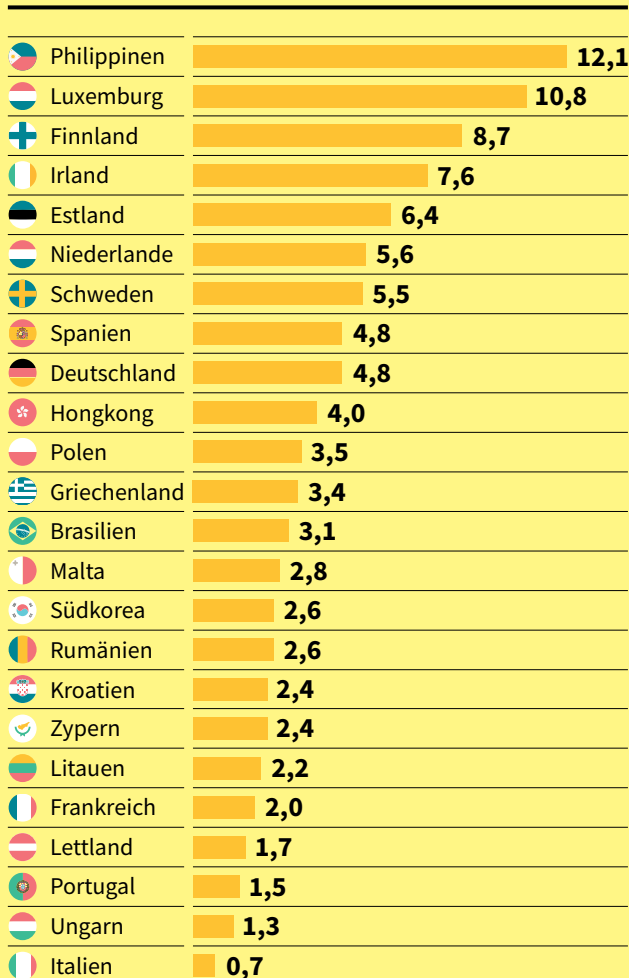
Sarah Pierenkemper, Fabian Semsarha, Lydia Malin: Unverzichtbar für die deutsche Wirtschaft – Zwei Millionen ausländische Fachkräfte in Engpassberufen
iwkoeln.de/fachkraefte-engpassberufe

Gewappnet für Krypto

Geldanlage. Viele Menschen haben bereits in Kryptowerte investiert – auch in Deutschland. Eine neue IW-Studie zeigt nun, dass diese digitalen Finanzmittel mittlerweile wesentlich besser reguliert sind als früher. Gleichwohl gibt es noch Luft nach oben, vor allem mit Blick auf sogenannte Finfluencer und das Bildungsangebot zu Finanzthemen.

Kryptowerte: Von gefragt bis ignoriert

So viel Prozent der Bevölkerung besaßen im Jahr 2021 Kryptowerte



Länderauswahl, Befragung von 75.167 Personen aus 39 Ländern

Quelle: OECD
© 2024 IW Medien / iwd

iwd

Deutschland zählt zu jenen Staaten, die besonders an Kryptowerten (siehe Kasten) interessiert sind. Das zumindest besagt eine Auswertung der Internetplattform BinaryOptions.com: Die Bundesrepublik landet bei der Menge entsprechender Suchanfragen im World Wide Web pro 100.000 Einwohner nach den Niederlanden, Österreich und der Schweiz auf Rang vier.

Was den Besitz von Kryptowerten angeht, befindet sich Deutschland indes bislang nur im Mittelfeld (Grafik):

Laut OECD-Befragung besaßen im Jahr 2021 knapp 5 Prozent der Bundesbürger Krypto-Finanzmittel; europäische Spitzenreiter waren die Luxemburger mit fast 11 Prozent.

Generell haben Kryptowerte nach wie vor nicht den besten Ruf, schließlich gab es einige Skandale sowie Pleiten. Außerdem sind Kryptowährungen bei jenen beliebt, die halbseidene Geschäfte betreiben und Geld waschen wollen.

Gleichwohl existieren die Finanzmittel nicht länger im rechtsfreien Raum. Vielmehr gibt es mittlerweile einen umfassenden regulatorischen Rahmen – vor allem dank der EU. So hat die Politik viele gesetzgeberische Lücken geschlossen, den Anlegerschutz in Bezug auf Schadenersatzansprüche verbessert und einiges dafür getan, Steuerhinterziehung, Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung einen Riegel vorzuschieben.

Allerdings wird erst die Zeit zeigen, ob es doch noch Lücken im Regelwerk gibt oder im Lauf der Jahre neue entstehen, wenn sich die Technologie und die darauf aufbauenden Kryptowerte weiterentwickeln.

Hinzu kommt ein anderer Aspekt des Anlegerschutzes, nämlich mit Blick auf entsprechendes Marketing. Denn auch diesbezüglich hat sich die Welt weitergedreht: War es früher in der Regel der heimische Bankberater des

Vertrauens, den man bei Finanzfragen konsultierte, erfolgt die private Finanzplanung der Erwachsenen bis 64 Jahre heutzutage zumindest in 10 Prozent der Fälle mit entsprechenden Fach-Influencern, sogenannten Finfluencern.

Vor allem die jüngeren Generationen – Generation Z (bis 27 Jahre) und die Millennials (28 bis 44 Jahre) – vertrauen deren Expertise überproportional. Die entsprechenden Altersgruppen stehen Kryptowerten zudem besonders offen gegenüber (Grafik):

Rund 10 Prozent der Erwachsenen bis 44 Jahre besitzen Kryptowerte, nur maximal 4 Prozent haben hingegen in Anleihen investiert.

Gleichwohl ist es laut IW nicht unbedingt nötig, dass Krypto-Anleger mit neuen Regulierungen vor unlauteren Finfluencern und Geschäftspraktiken geschützt werden müssen. Angebracht wäre stattdessen Folgendes:

- Schulen sollten ihre Angebote der finanziellen Bildung verbessern und zum kritischen Umgang mit Medien befähigen. Aber auch für Erwachsene sollte es mehr Bildungsangebote zu Finanzthemen geben.
- Bestehende Regeln der EU und der einzelnen Staaten müssten besser durchgesetzt und das Nichteinhalten bestraft werden – die staatlichen Stellen brauchen dafür dann natürlich auch die notwendigen personellen und finanziellen Mittel sowie das Know-how. In diesem Kontext braucht es zudem mehr Investitionen, um die Strafverfolgungsbehörden zu befähigen, illegales Geld im digitalen Raum auszumachen und zu verfolgen.
- Die Politik sollte vergleichbare Regulierungen für Kryptowerte und klassische Finanzinstrumente überall

dort einführen, wo es sie bislang noch nicht gibt – etwa im algorithmischen und Hochfrequenzhandel.

Vorsichtige Entwarnung kann derweil mit Blick auf die Gefahren für das Vermögen des gemeinen Bürgers durch Kryptoinvestitionen gegeben werden: Nahezu 80 Prozent aller im Jahr 2022 von der Europäischen Zentralbank befragten Kryptobesitzer im Euroraum halten weniger als 10.000 Euro in Kryptowerten, 37 Prozent sogar weniger als 1.000 Euro.

Was sind Kryptowerte?

Kryptowerte haben Ähnlichkeiten mit Devisen. Sie werden aber nicht von Staaten als offizielle Währung herausgegeben. Auf Kryptobörsen kann man verschiedene Kryptowerte gegeneinander und auch gegen offizielle Währungen tauschen. Popularität erlangten Kryptowerte ab dem Jahr 2009 mit der Verbreitung des Bitcoin, der Anlegern bis heute vornehmlich als Wertaufbewahrungsmittel dient.

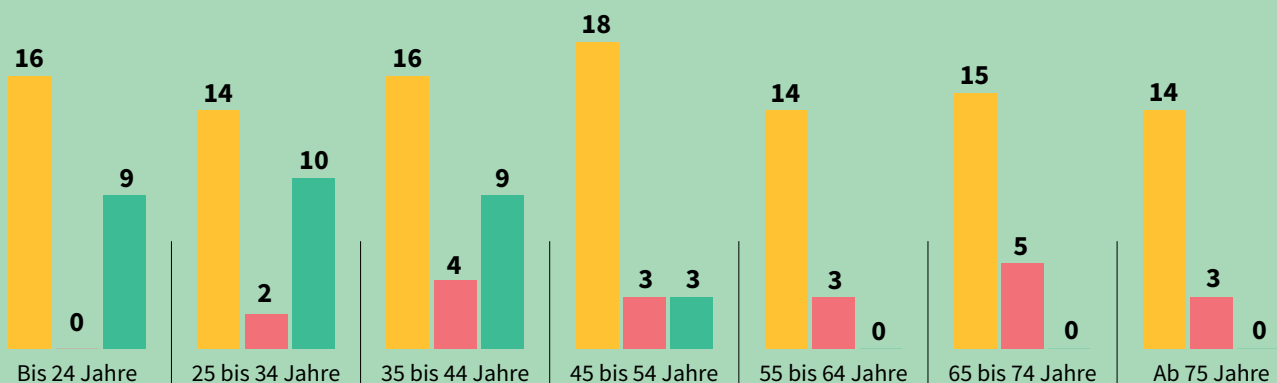
IW-Policy Paper 7/2024

Markus Demary, Vera Demary: Krypto-Regulierung in der EU – Aktuelle Entwicklungen und Anpassungsbedarf
iwkoeln.de/kryptowerte

Kryptowerte sind bei jungen Anlegern beliebt

So viel Prozent der deutschen Bevölkerung dieser Altersklasse besaßen 2021 diese Finanzprodukte

■ Aktien ■ Anleihen ■ Kryptowerte



Kryptowerte: Befragung von 5.870 Personen; Aktien und Anleihen: Befragung von 6.852 Personen
Quelle: Deutsche Bundesbank
© 2024 IW Medien / iwd

Abkommen wäre ein starkes Signal

Mercosur. Seit mehr als 25 Jahren verhandelt die Europäische Union mit dem südamerikanischen Wirtschaftsblock Mercosur über ein Freihandelsabkommen. Trotz aller Widerstände in Teilen Europas gilt es, zügig zu einem Vertragsabschluss zu kommen. Denn das Abkommen wäre für die EU nicht nur ökonomisch vorteilhaft, es würde auch ein starkes geopolitisches Signal senden.

Die wirtschaftlichen Folgen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine, das immer stärkere globale Machtstreben Chinas und weltweite Tendenzen weg von der Globalisierung hin zu protektionistischen Maßnahmen einzelner Länder – all dies hat die EU im vergangenen Jahr dazu bewogen, die Europäische Strategie für wirtschaftliche Sicherheit ins Leben zu rufen.

Ziel ist es erstens, innovative Technologien und zukunftsorientier-

te Sektoren in der EU zu fördern. Zweitens will Brüssel stärker gegen unfaire Handelspraktiken von Drittstaaten vorgehen, um den Binnenmarkt zu schützen. Drittens geht es darum, Beschaffungs- und Absatzmärkte zu diversifizieren, um beispielsweise die Versorgung europäischer Unternehmen mit knappen Rohstoffen zu sichern.

Letzteres beinhaltet vor allem die Suche nach Partnern, mit denen die EU verstärkt Handel betreiben will –

auch um den geoökonomischen und -politischen Einfluss von Staaten wie China zu verringern.

Eine wichtige Rolle könnten hier die Mercosur-Staaten spielen. Diesem Wirtschaftsblock gehören derzeit Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay an. Mit ihnen verhandelt die EU schon seit einem Vierteljahrhundert über ein Freihandelsabkommen (siehe iwd 18/2023).

Dass hinsichtlich der wirtschaftlichen Beziehungen zu diesen Staaten dringender Handlungsbedarf besteht, lässt sich mit ein paar Zahlen verdeutlichen. So hat China seinen Anteil an allen Exporten und Importen des Mercosur von 2 Prozent im Jahr 2000 auf 24 Prozent im Jahr 2023 erhöht. Insgesamt betrug das chinesische Handelsvolumen mit den Mercosur-Staaten zuletzt 185 Milliarden Dollar.

Der Anteil der EU am gesamten Außenhandel des Mercosur hat sich dagegen seit dem Jahr 2000 von mehr als 31 auf nur noch 15 Prozent verringert – das Handelsvolumen lag im Jahr 2023 lediglich bei 117 Milliarden Dollar.

China ist demnach inzwischen der weitaus wichtigste Handelspartner für die Mercosur-Staaten, zumal diese allein mit dem Reich der Mitte einen Handelsbilanzüberschuss aufweisen (Grafik):

Im Handel mit China erzielten die Mitgliedsstaaten des Mercosur im Jahr 2023 einen Exportüber-

Mercosur-Staaten: China ist wichtigster Handelspartner

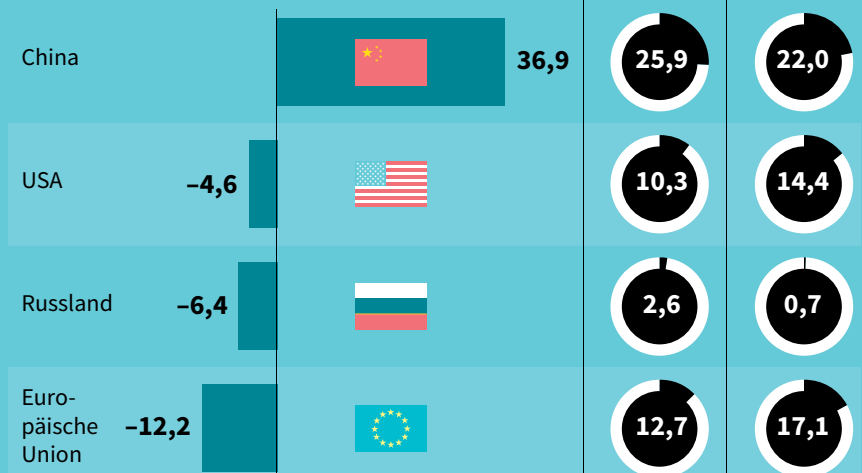
im Jahr 2023

Handelsbilanzsaldo der Mercosur-Staaten in Milliarden Euro

MERCOSUR

Anteil an allen ... der Mercosur-Staaten in Prozent

... Exporten ... Importen



Mercosur-Staaten: Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay

Quellen: UN Comtrade, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2024 IW Medien / iwd

iwd

schuss von knapp 37 Milliarden Dollar – gegenüber der EU verbuchten sie dagegen ein Defizit von gut 12 Milliarden Dollar.

Bei den meisten Produkten ist die EU für die Mercosur-Staaten lediglich ein Handelspartner unter vielen, während China als Absatzmarkt eine zentrale Bedeutung hat. Beispielsweise gehen mehr als 69 Prozent der Soja-Exporte des Mercosur sowie 64 Prozent der Eisenerz-Ausfuhren ins Reich der Mitte.

Die EU könnte ihre Position allerdings deutlich verbessern, wenn es ihr gelänge, das Freihandelsabkommen mit dem Mercosur endlich unter Dach und Fach zu bringen. Nach jetzigem Verhandlungsstand würde das Abkommen die Zölle für 91 Prozent aller zwischen der EU und dem Mercosur gehandelten Waren über einen Zeitraum von maximal 15 Jahren nach und nach abschaffen. Zudem sollen Exportsteuern der Mercosur-Staaten wegfallen sowie sichere Rahmenbedingungen für gegenseitigen Handel und Investitionen etabliert werden. Damit würde es für die EU-Länder deutlich leichter, Zugang zu in Südamerika verfügbaren strategischen Rohstoffen wie Silizium, Kupfer und Nickel zu erhalten.

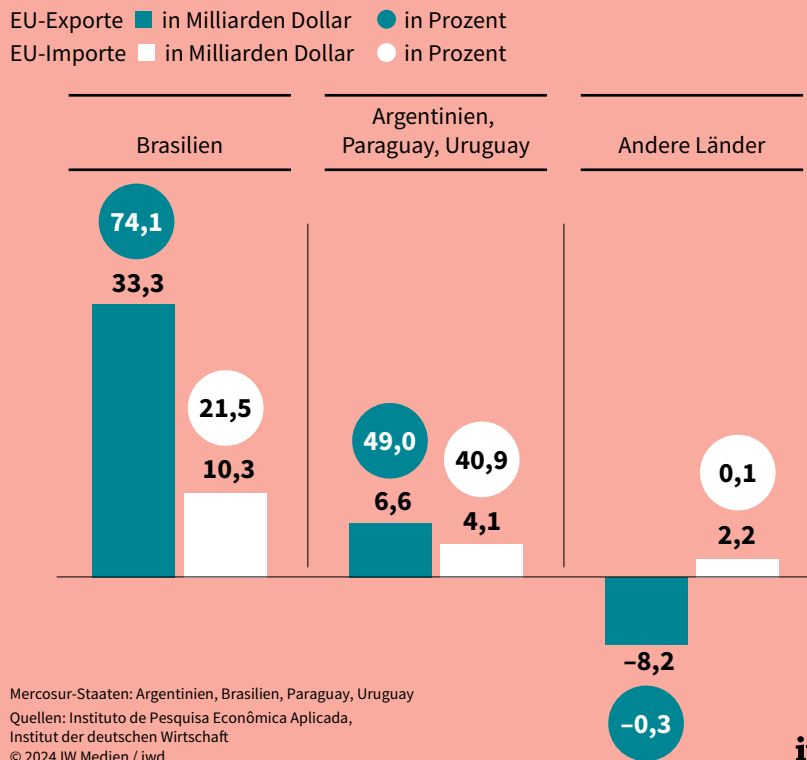
Das Abkommen dürfte folglich dem gegenseitigen Handel der beiden Wirtschaftsblöcke einen Schub geben, wie ein Schätzmodell zeigt (Grafik):

Würde das Freihandelsabkommen zwischen der EU und den Mercosur-Staaten beschlossen, könnten die EU-Exporte nach Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay bis 2040 um insgesamt 40 Milliarden Dollar steigen.

Die EU-Importe aus diesen Ländern würden kumuliert voraussichtlich um gut 14 Milliarden Dollar höher ausfallen als ohne das Abkommen. Das Bruttoinlandsprodukt der EU-Staaten könnte durch das Ab-

Mercosur-Abkommen: EU würde profitieren

Ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und den Mercosur-Staaten würde den Außenhandel der EU mit diesen Ländern bis 2040 wie folgt verändern



Mercosur-Staaten: Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay
 Quellen: Instituto de Pesquisa Econômica Aplicada, Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2024 IW Medien / iwd



kommen um mehr als 11 Milliarden Dollar beziehungsweise 0,06 Prozent wachsen. Dass dieser Effekt nicht höher ausfällt, liegt schlicht daran, dass der Handel mit den Mercosur-Staaten derzeit nur etwa 2,5 Prozent des gesamten EU-Außenhandels ausmacht.

Doch nicht nur rein quantitativ verspräche das EU-Freihandelsabkommen mit dem Mercosur, ein Erfolg zu werden. Es würde auch unterstreichen, dass die EU ihre ausgerufene Strategie für wirtschaftliche Sicherheit ernst nimmt und auf die geopolitischen Entwicklungen zu reagieren vermag. Den Unternehmen in Europa würde zudem signalisiert, dass die EU glaubwürdig auf Marktoffenheit setzt. Mit dem Abbau von Handelsbarrieren würde sie auch wirksam gegen den Inflationsdruck bei Importgütern vorgehen.

All diese Vorzüge eines Abkommens sollten auch die Skeptiker überzeugen. Doch bis heute treten politische Kräfte in einigen EU-Ländern – vor allem in Frankreich – mit protektionistischen Forderungen bei den Verhandlungen mit dem Mercosur auf die Bremse. Ein baldiger Abschluss ist deshalb ungewiss – dabei kann sich die EU mit Blick auf die geopolitischen und -ökonomischen Verschiebungen und insbesondere die gebotene De-Risking-Strategie gegenüber China eine weitere Verzögerung eigentlich nicht leisten.

IW-Policy Paper 8/2024

Simon Gerards Iglesias, Marie Krpata, Ana Helena Palermo Kuss: Zwischen „strategischer Autonomie“ und „Zeitenwende“ – Die Bedeutung des Handels zwischen der EU und Mercosur
iwkoeln.de/handel-mercursosur

Viel zu wenig, manchmal zu viel

Wohnungsbau. In Deutschland wird insgesamt deutlich zu wenig gebaut, um die Nachfrage nach Wohnraum zu decken. Die Lücke zwischen Bautätigkeit und Wohnungsbedarf ist dabei in den einzelnen Städten und Kreisen unterschiedlich groß – mancherorts entstehen sogar zu viele Wohnungen.

Hohe bürokratische Hürden für Bauherren, lange Genehmigungsverfahren, Kommunen, die zu wenig Bauland ausweisen, sowie gestiegene Zinsen und Materialkosten – die Gründe, warum der Wohnungsbau in Deutschland stockt, sind vielfältig. Zugleich führen die Zuwanderung in die Bundesrepublik, aber auch der Wunsch nach größeren Wohnungen dazu, dass die Nachfrage nach Wohnraum steigt (siehe iwd 15/2024). Die Konsequenz: Der Wohnungsmangel ist vielerorts groß.

Je nach Kommune ist die Lage auf dem Wohnungsmarkt allerdings sehr unterschiedlich. Das IW hat hierzu aktuelle Zahlen vorgelegt:

Bautätigkeit. Im Durchschnitt der Jahre 2021 bis 2023 wurden in Deutschland etwas mehr als 294.000 Wohnungen fertiggestellt. Da allerdings die Zahl der genehmigten Neubauwohnungen seit 2021 stetig sinkt, dürften künftig jährlich weniger als 250.000 neue Wohnungen auf den Markt kommen. Regional unterscheidet sich die Bautätigkeit stark:

Je 1.000 Einwohner gerechnet, wurden zwischen 2021 und 2023 pro Jahr im oberbayerischen Landkreis Straubing mit 9,6 die meisten Wohnungen gebaut, in Hagen (NRW) lag der entsprechende Wert nur bei 0,6.

Relativ viele neue Wohnungen sind zuletzt auch im Umland der Metropolen Berlin, Hamburg und München entstanden. Schaut man auf die 30 kreisfreien Großstädte, stehen Regensburg (8,3 Wohnungen je 1.000 Einwohner und Jahr), Wolfsburg (6,4) und Wiesbaden (6,2) im Bauranking ganz vorn.

Wohnungsbedarf. Zusätzliche Wohnungen werden vor allem da benötigt, wo die Bevölkerung wächst. Bedarf besteht aber auch in Städten und Kreisen mit stagnierenden oder schrumpfenden Einwohnerzahlen – dort müssen etwa alte Wohngebäude abgerissen und neu gebaut sowie Wohnungen in Bestandsgebäuden modernisiert und/oder vergrößert werden, um die Nachfrage nach modernem, komfortablem Wohnraum zu decken.

Auf dieser Basis ergibt sich für den Schnitt der Jahre 2021 bis 2025 ein bundesweiter Bedarf von fast 373.000 zusätzlichen Wohnungen.

Am größten ist demnach der Wohnungsbedarf mit 12,2 Wohnungen je 1.000 Einwohner und Jahr in Potsdam – im unterfränkischen Landkreis Rhön-Grabfeld sind es dagegen nur 0,5.

Generell ist der Nachfragedruck in den Ballungszentren besonders hoch, aber auch in einigen ländlichen Regionen, wo attraktive Fir-

men qualifizierten Fachkräften gute Jobperspektiven bieten können.

Wohnungsmangel. Setzt man die Bautätigkeit in Relation zum Bedarf, zeigt sich, dass in Deutschland zuletzt lediglich 79 Prozent der benötigten zusätzlichen Wohnungen tatsächlich fertiggestellt wurden. Gleichzeitig werden längst nicht immer dort neue Wohngebäude errichtet, wo die Nachfrage besteht. Das bedeutet (Grafik):

In zahlreichen Städten und Kreisen wurde der Bedarf an neuem Wohnraum zuletzt nicht mal zu 30 Prozent gedeckt. Am geringsten war die Quote mit 20 Prozent im bayerischen Hof.

Zugleich entstanden in immerhin 156 – meist ländlichen – von insgesamt 400 Kreisen zu viele neue Wohnungen. Dies galt für Regionen in Ostdeutschland ebenso wie für solche im Saarland, in Nordhessen sowie Nord- und Ostbayern. Die größten Überkapazitäten wurden im Landkreis Bad Kissingen geschaffen: Dort betrug die Relation von gebauten zu benötigten Wohnungen 662 Prozent.

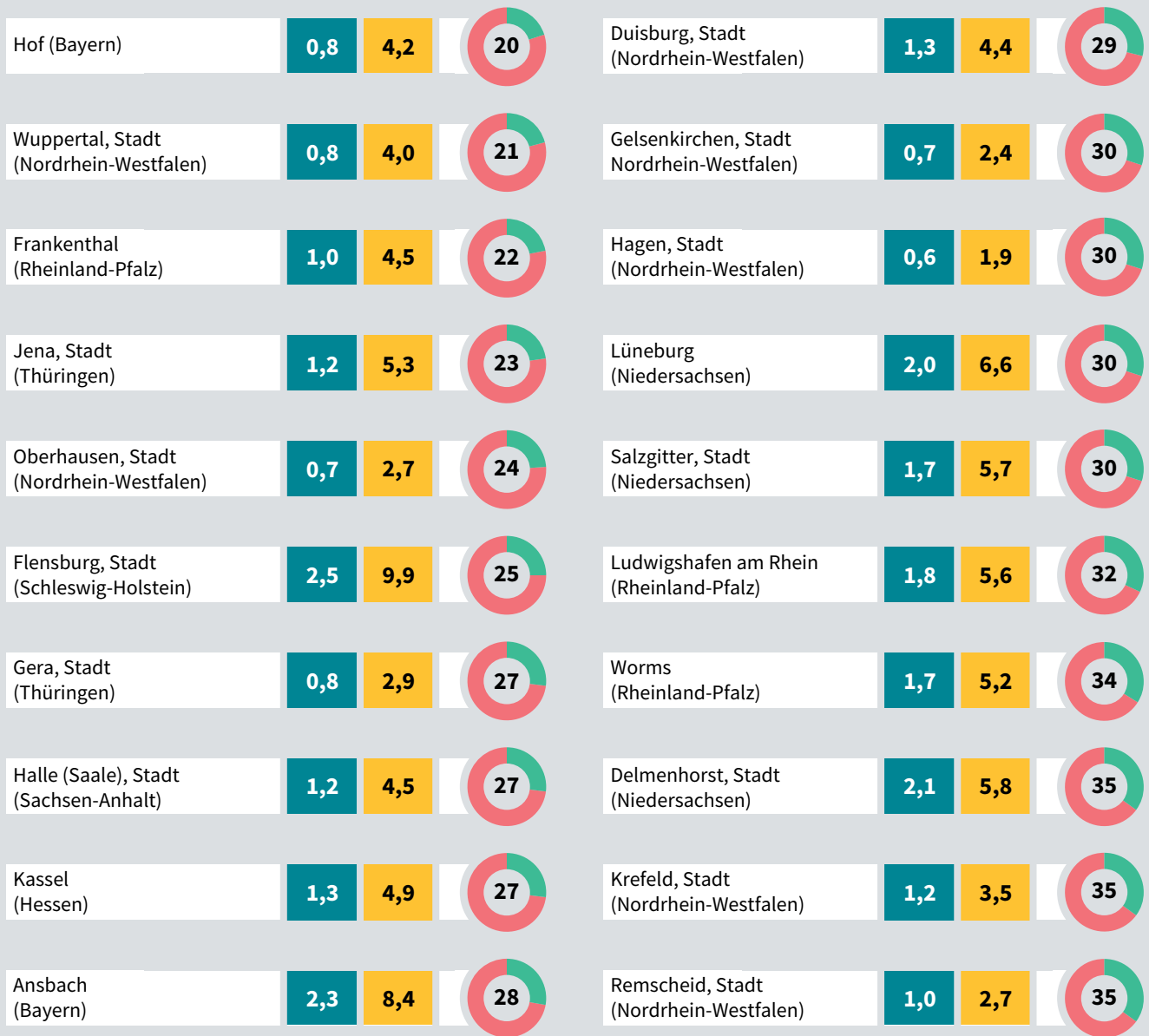
IW-Report 39/2024

Philipp Deschermeier, Ralph Henger, Julia Sprenger: Zunehmende Marktanspannung in vielen Großstädten – Aktuelle Ergebnisse des IW-Wohnungsbedarfsmodells
[iwkoeln.de/wohnungsbedarf](https://www.iwkoeln.de/wohnungsbedarf)

Wo der Wohnungsmangel am größten ist

Deutsche Städte und Kreise mit der geringsten Deckung des Wohnungsbedarfs

■ Im Schnitt der Jahre 2021 bis 2023 fertiggestellte Wohnungen je 1.000 Einwohner ■ Bedarf an neuen Wohnungen im Schnitt der Jahre 2021 bis 2025 je 1.000 Einwohner ■ Fertigstellungen in Prozent des Wohnungsbedarfs



Fertiggestellte Wohnungen: inklusive neuer Wohnungen in Nichtwohngebäuden sowie abgeschlossener Sanierungs- und Umbaumaßnahmen in Bestandsgebäuden

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2024 IW Medien / iwd

iwd

Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsident: Arndt Günter Kirchoff · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland
Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Florian Janssen, Alexander Weber · **Grafik:** IW Medien GmbH
E-Mail: iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 12,99/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-tägig · **Abo-Service:** Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ennsberger@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0 · **Druck:** Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz-iwd@iwmedien.de · In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit im Zusammenhang mit Personen regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.



Wir versenden klimafreundlich mit der Deutschen Post

Zahl der Woche













Milliarden Euro haben die Bundesbürger im Jahr 2023 für Handarbeitsbedarf ausgegeben. Laut Branchenverband Initiative Handarbeit wurden damit zwar die Umsätze der Coronajahre 2020 und 2021 von 1,38 beziehungsweise 1,25 Milliarden Euro klar verfehlt, gegenüber 2022 blieb der Markt aber nahezu stabil. Im größten Einzelsegment, Häkel- und Strickgarne, steigerte die Branche ihren Umsatz sogar um 20 auf 370 Millionen Euro. Für Stoffe gaben die Handarbeitsfans hierzulande im vergangenen Jahr 275 Millionen Euro aus, für Nähmaschinen 161 Millionen Euro. Der Rest des Umsatzes entfällt unter anderem auf Kurzwaren wie Nähadeln und Knöpfe sowie Bücher, Zeitschriften und Anleitungen. Wenig überraschend ist die Hauptzielgruppe: Einer GfK-Studie zufolge stricken, häkeln und nähen 85 Prozent aller Frauen in Deutschland zumindest gelegentlich. Auch unter den 18- bis 29-jährigen Frauen gibt die Mehrheit an, zu handarbeiten. Dass das kreative Hobby aber auch Männersache sein kann und keineswegs uncool ist, hat zuletzt wieder der britische Turmspringer und Olympiasieger Tom Daley gezeigt, der bei den Spielen in Paris während seiner Wettkampfpausen gekonnt mit den Strickadeln klapperte.

Top-Liste: Soziale Netzwerke

Chatten, Liken, Posten – unabhängig von Zeit und Ort ermöglichen soziale Netzwerke ihren weltweit mehr als fünf Milliarden Nutzern, sich miteinander zu vernetzen, Fotos und Videos zu teilen und Nachrichten auszutauschen. Im Schnitt verbringt jeder Einzelne rund 2,5 Stunden täglich in den sozialen Medien. Die meisten Menschen waren im Januar 2024 auf Facebook unterwegs: Das Netzwerk zählt monatlich rund drei Milliarden aktive Nutzerprofile weltweit – darunter auch viele von Unternehmen. Laut dem amerikanischen Medienportal Social Media Examiner nutzten Anfang 2024 knapp 86 Prozent der befragten Betriebe Facebook, um für sich zu werben. YouTube und Instagram waren mit einer Nutzerzahl von 2,5 beziehungsweise zwei Milliarden weltweit ebenfalls sehr beliebt. Besonders stark zugelegt hat zuletzt die Nutzerzahl von TikTok: Im Jahr 2023 waren auf der Kurzvideo-Plattform rund 16 Prozent mehr Menschen aktiv als im Vorjahr.

Social Media: Facebook an der Spitze

So viele Millionen monatlich aktive Nutzer hatten diese Plattformen im Januar 2024 weltweit

Facebook	YouTube	WhatsApp	Instagram	TikTok
				
3.049	2.491	2.000	2.000	1.562
WeChat	Facebook Messenger	Telegram	Douyin (China)	Snapchat
				
1.336	979	800	752	750

WeChat: Chinesische App, die Messaging, soziale Medien sowie mobile Zahlungen und Dienstleistungen vereint
 Douyin: Chinesische Kurzvideo-Plattform, auf der Nutzer Videos erstellen, teilen und ansehen können; die internationale Version ist als TikTok bekannt

Quellen: We Are Social; DataReportal; Meltwater; Kepios
 © 2024 IW Medien / iwd